

Umweltinformation

Abg. z. NR Bgm. Hans Rädler

Information über geplante Müllverbrennungsanlage
45.000 t Reststoffe + Müll sollen in Pittental verbrannt werden



Am 16. Jänner erfolgte im Gemeinderat Pitten die Behandlung des Projekts Müllverbrennungsanlage der Firma Hamburger. Als einziger Vertreter der Nachbargemeinden habe ich mit dem Umweltgemeinderat von Erlach an dieser Gemeinderatsitzung im Interesse unserer Bevölkerung teilgenommen. Besonders bedauerlich ist, dass sich von denen (Die Grünen), die sich immer wieder plakativ vor Gemeinderatswahlen in Szene setzen, heute nach den Gemeinderatswahlen keiner mehr für Umweltthemen interessiert.

In einer sehr heftig geführten Diskussion hat der Gemeinderat von Pitten einstimmig nachstehende Beschlüsse gefasst:

- 1. Keine zusätzliche Verkehrsbelastung durch LKWs**
- 2. Keine Verbrennung von bezirksfremden Reststoffen (dies ist vertragsrechtlich von Fa. Hamburger und auch der Grünen Tonne garantiert)**
- 3. Keine Verbrennung von Sondermüll jeglicher Art (also auch nicht von der Grünen Tonne)**
- 4. Detaillierte Information der Pittener Bürgerinnen und Bürger bei einer öffentlichen Veranstaltung im VAZ noch vor behördlicher Projekteinreichung.**
- 5. Vor weiteren Entscheidungen des Gemeinderats bezüglich Bau der neuen Anlage soll von der Behörde eine Bedarfsprüfung durchgeführt werden, ob der Grüne-Tonne-Kunststoff ausgerechnet in Pitten verbrannt werden muss.**
- 6. Vor weiteren Festlegungen des Gemeinderats werden die BürgerInnen von Pitten in einer Urabstimmung gefragt, ob sie eine Spuckstoff- und Bezirksmüllverbrennung in Pitten akzeptieren. Der Zeitpunkt dieser Befragung und die Art der Fragestellung sind vom Gemeinderat in einer späteren Sitzung zu diskutieren und festzulegen.**

Ich selbst habe dazu auch eine entsprechende Stellungnahme
(siehe Zeitungsbericht auf der Rückseite) abgegeben.

Wirbel um Müllverbrennung

Erlachs Bürgermeister Rädler: „Das lassen wir uns nicht gefallen!“

Nach Bekanntwerden der Pläne der Firma Hamburger geht Erlachs Bürgermeister Hans Rädler in die Offensive und schlägt zurück.

ERLACH/PITTEN - Die Firma Hamburger in Pitten will eine Müllverbrennungsanlage errichten. Das stößt den Erlacher Bürgermeister Johann Rädler sauer auf – vor allem die Vorgangsweise. Rädler: „In Pitten und Seebenstein wurde ein Bürgerbeirat eingerichtet. Dabei weiß doch jedes Kind, dass der Wind vom Wechsel zu uns herunter bläst.“ Nicht zuletzt deshalb hätte die direkte Nachbargemeinde Erlach zumindest zu diesem Bürgerbeirat eingeladen werden müssen, ist Rädler verärgert.

Verärgert ist Rädler auch darüber, dass die Bürger der Anrainergemeinde die Pläne der Firma Hamburger aus den Zeitungen erfahren müssen. Rädler:



Hans Rädler: „So geht man mit Nachbarn nicht um!“ Foto: Baldak

„Da kommt regelmäßig ein teures Werbeprospekt der Firma Hamburger in die Haushalte, aber dieses große Projekt wurde – auch im jüngsten Flugblatt – mit keiner Silbe erwähnt.“

Dabei hat Rädler weniger Sorgen wegen einer möglichen Umweltbelastung durch die Müllverbrennungsanlage – im-

merhin sollen dort ja laut Rädler 45.000 Tonnen Müll (30.000 Tonnen aus eigener Produktion, 15.000 Tonnen aus der Grünen Tonne) verbrannt werden. Rädler: „Die Umweltstandards werden bei derartigen Projekten sicher eingehalten. Das einzige Problem könnten die LKW's werden, die den Müll in die Anlage transportieren. Wir wissen ja nicht, wie die Strecke aussieht, auf der der Müll herangekarrt wird.“ Viel mehr sieht Rädler die nachbarschaftlichen Beziehungen gefährdet: „Da plant man mit dem Pittener Bürgermeister die Erweiterung der gemeinsamen Region Bucklige Welt, zu der diese Gemeinde dazugestoßen ist, und schmiedet Pläne, wie auch Pitten von der Therme profitieren kann. Und dann sind unsere Bürger bei einem derartigen Projekt nicht eingebunden. Das lassen wir uns nicht gefallen.“

WNN 22.12.2005

Am 23.01. fand auf mein Verlangen eine Information durch die Firma Hamburger für die Gemeinderatsmitglieder von Erlach statt. Seitens der Gemeinden Pitten und Seebenstein wurde mit der Firma Hamburg ein Bürgerbeirat eingerichtet. Nachdem dieser Bürgerbeirat keine rechtliche Basis für Entscheidungen besitzt, möchte ich im Interesse unserer BürgerInnen auf eine rechtliche Basis für das Verfahren drängen.

Das heißt im Konkreten: wenn das Verfahren eingereicht wird, muss eine Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Niederösterreichische Landesregierung durchgeführt werden. Im Rahmen dieser UVP gibt es eine so genannte „Parteienstellung“, wenn mehr als 200 Bürger dies beantragen. Ich gehe davon aus, dass es im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger ist, Parteienstellung im Verfahren zu bekommen. Dies ist besonders deshalb notwendig, weil neben vorhandenen Reststoffen aus der Altpapierverwertung künftighin auch Müll aus der Grünen Tonne im Werk Pitten verbrannt werden soll. Insgesamt geht man von einer Gesamtmenge von 45.000 Tonnen Brennstoff aus. Bei diesen Brennstoffen handelt es sich auch um Rückstände aus der Müllsortierung. All jene Maßnahmen, die zum Schutz unserer Bürger notwendig sind, wie zum Beispiel die Messung des Dioxinausstoßes sowie die Aufnahme des gesamten Luftgütebestandes, werden wir über unsere Vertretung im Verfahren einbringen. Ich glaube, dass die Nachbargemeinden Pittens aufgrund der Windsituation die Hauptbetroffenen sein werden. Daher wird es auch unsere Aufgabe sein, sich entsprechend in das gesamte Rechtsverfahren einzubringen. Ich werde rechtzeitig die BürgerInnen der Nachbargemeinden von Pitten über die weiteren Schritte, die von uns gesetzt werden, informieren. Dass hier eine gemeinsame Vorgangsweise aller betroffenen Gemeinden notwendig ist, zeigen schon die Berichte auf der Homepage www.hamburger.eu.com. Sollte es notwendig sein entsprechende Unterschriften für die Parteienstellung zu erlangen, werden ich rechtzeitig an sie herantreten, uns dabei zu unterstützen. Dies zu Ihrer Information.

Ihr Nationalrat Bürgermeister Hans Rädler